

Der Deutsche Oliver Kempkens ist ein Insider der russischen Wirtschaft: Bis zur Invasion in die Ukraine arbeitete er im Topmanagement der staatlichen Sberbank mit Hauptsitz in Moskau. Im Interview erklärt er, warum die russische Ökonomie stärker ist, als es ihrem Ruf im Westen entspricht.

Von Paul Katzenberger

Bei seiner Jahrespressekonferenz in der vergangenen Woche prognostizierte Russlands Präsident Wladimir Putin das Wachstum der russischen Wirtschaft für 2023 mit 3,5 Prozent. Das mag eine übertrieben positive Vorhersage sein, doch auch der IWF erwartet in diesem Jahr ein Wachstum der russischen Wirtschaft von 2,2 Prozent. Die Annahmen für die deutsche Wirtschaft liegen hingegen bei circa minus 0,5 Prozent.

Die EU und die USA haben sich das ganz anders vorgestellt, als sie Russland von 2022 an in bisher ungekanntem Ausmaß sanktioniert haben. Prognostiziertes Ziel war ein massiver Einbruch der russischen Wirtschaft, in der Größenordnung von minus 10 Prozent oder mehr. Stattdessen wird das kleine Minus, das es 2022 gab, in diesem Jahr schon wieder aufgeholt. Was ist aus westlicher Sicht falsch gelaufen?

Der Westen hat die Stärke der russischen Wirtschaft schlicht unterschätzt. Dabei gab es ja schon seit 2014 durchaus schon Belege für die Fähigkeit des Landes, Transformationsleistungen zu erbringen. Nehmen Sie die Agrarwirtschaft und Lebensmittelproduktion. In diesem Sektor hat Russland seit der Krim-Annektion als Antwort auf westliche Sanktionen bestimmte Produkte nicht mehr aus der EU importiert und es in der Folge geschafft, durch die Erzeugung eigener insbesondere Agrarprodukte sowie von Milch- und Käseerzeugnissen von einem der größten Lebensmittelimporteure zu einem relevanten Exporteur Europas zu werden.

Wie hat Russland das hinbekommen?

Zunächst einmal durch das Schaffen von Anreizen. Der damalige Industrie- und Handelsminister und heutige Vizeministerpräsident Denis Manturov hat bewiesen, dass so etwas durch einen großen administrativen Kraftakt gelingen kann. Man hat dem Land und den handelnden Leuten demonstriert, dass es Perioden gibt, in denen es enger werden kann, dass man da aber durchkommen kann. Entscheidend dafür, dass das gelungen ist, war auch die in Russland typischerweise vorherrschende Entscheidungsstruktur – die Vertikale der Macht.

Vertikale der Macht heißt: Was oben entschieden wird, wird nach unten widerspruchslos durchgereicht und auch umgesetzt.

Genau, man kann es auch eine Direktivwirtschaft nennen. Das heißt, in Russland können Dinge, die vom Präsidenten oder vom Parlament ausgefertigt, ratifiziert und angestoßen werden, viel schneller umgesetzt werden als in vergleichbaren Situationen in Deutschland. Denn man weiß, dass die nächstfolgenden Entscheidungsebenen den oben getroffenen Beschluss nicht nur formell, sondern auch informell ausführen werden. Die unteren Ebenen müssen sich in der Situation ja auch andienen. In einer Föderation wie in Deutschland gibt es hingegen immer wieder Debatten, Lesungen und Möglichkeiten des Einspruchs – etwa über den Rechtsweg, der in Russland in dieser Situation mehr oder weniger ausgeschlossen ist. Das hat natürlich Vor- und Nachteile, Russland ist eben keine Demokratie in unserem Sinne; Kultur und Entwicklung haben eine andersartige, eine russische Demokratie sui generis erschaffen. Aber in der jetzigen Krisensituation bekommen sie die Reihen schnell geschlossen. Die Kommunikation zwischen Finanzministerium, Zentralbank und den relevanten Banken funktioniert offenbar sehr schnell, wenn man

sieht, wie zügig die Sberbank, VTB oder Gazprombank auf Direktiven des Staates reagieren.

Man kann zumindest in Bezug auf die Krisensituation im Zusammenhang mit dem Krieg und den Sanktionen den Eindruck bekommen, dass das in Russland sehr professionell und kompetent gemanagt wird.

Ich denke auch. Und sehr mutig. Wenn ich an die Leitzinserhöhung denke, die die Chefin der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina im Februar 2022 durchgesetzt hat – von 9,5 auf 20 Prozent. Man hat damals erwartet, dass es einen signifikanten Anstieg geben würde. Dass dieser jedoch so substanziell war, damit wurde nicht gerechnet. Er war mutig und radikal, da so ein signifikanter Anstieg natürlich auch Auswirkungen auf die Verzinsung der Staatsschulden und die Konsumentkredite hat. Da ist sie wahnsinnig couragiert zur Tat geschritten und hat damit den Rubel, als der kurz mal bei knapp 150 Rubel zu einem Euro stand, abgefedert. Das würde es bei uns in dem Maße gar nicht geben, dass man sagt, Volkswirtschaft geht vor Betriebswirtschaft.

Kann es sein, dass in Russland bessere Entscheidungen am Werk sind?

Wahrscheinlich schon. Der russische Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow, Finanzminister Anton Siluanow und auch Zentralbankchefin Nabiullina sind alles studierte Ökonomen oder Finanzwirtschaftler. Und wenn man sich die Gouverneure ansieht, die unter Nabiullina in der Zentralbank sitzen, dann sind das alles ausgewiesene Fachleute, die an russischen Eliteunis wie der Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation studiert haben. Das sind Topinstitutionen, die sich Anfang der Nullerjahre stark am angelsächsischen Bildungssystem orientiert und auch etliche Professoren aus dem Ausland engagiert haben. Zudem haben viele aus der Elite im Ausland studiert – das darf man nicht vergessen. Die haben Abschlüsse aus Cambridge, Yale, Oxford, Chicago oder von der Wharton Business School. Wenn man sich die russischen Schlüsselpositionen anschaut, dann sitzen da keine Sonderlinge, sondern alles topausgebildete Fachleute. Ähnlich ist es auch bei vielen Staatsunternehmen, insbesondere, wenn man an Gazprom, die Sberbank oder auch Rosatom denkt.

Während wir in Deutschland die Diskussion führen, ob Führungsfiguren überhaupt irgend eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Der russische politische Markt ist ein anderer. Wer da hoch kommt, wird nicht zwingend vom Volk entscheiden, sondern ist jemand, der auch im Staatsapparat Probleme lösen kann. In Russland hast du entweder Beziehungen, oder du kannst Probleme effektiv lösen. Im besten Fall kann man beides. In Summe musst du aber „leisten“. In der Unternehmensberatung hat man den russischen „Markt“ immer als „Qualitätsmarkt“ beschrieben, das heißt: Strategisches Know-how ist wichtig, aber nur eine hinreichende Bedingung. Fachwissen, insbesondere prozessuales Fachwissen ist die notwendige Bedingung. Man muss in der Lage sein, sich auch in die Details einarbeiten zu können: in die technischen Grundlagen.

Nur mit Kompetenz und schnellen Entscheidungswegen allein sind die aktuellen Wachstumszahlen der russischen Wirtschaft sicher nicht zu erklären.

Wenn man auf die reinen Fakten schaut, dann wollte der Westen vielleicht verkennen, dass man Russland von der Belieferung essenzieller In-



„RUSSLAND HAT GENUG GELD“



15 Jahre wird das so sicher nicht funktionieren, aber fünf oder sechs Jahre schon.

Oliver Kempkens
über die umfangreichen staatlichen Investitionen Russlands



Geschlossene Reihen: Elwira Nabiullina, Chefin der russischen Zentralbank, und Landwirtschaftsminister Dmitry Patrushev. FOTO: IMAGO/ITAR-TASS

dustriegüter nicht so abschneiden kann, wie man das behauptet hat. Da wird immer noch das Beispiel gebracht, dass Russland vom Hochtechnologiektor abgeschnitten werden soll. Aber wovon sprechen wir da eigentlich? Im Wesentlichen doch nur von ein paar Millionen Computerchips, die de facto keine großen Mengen darstellen. Chips in der Anzahl bekommt man auch durch eine dezentralisierte Beschaffung, weil man sie nicht mehr offiziell bestellen kann; sie sind klein und portabel. Also kann man sie auch beschaffen. Zwar nicht so einfach und immer mit Aufpreisen und mit einem größeren Zeitaufwand. Letztendlich stellt das aber keine große Komplikation dar. Sicherlich gibt es Hochtechnologien, bei denen es nicht einfach ist, diese schnell zu ersetzen: Denken wir beispielsweise an den ganzen Ersatzteilmarkt für Flugzeuge oder Hochgeschwindigkeitszüge. Dennoch: Viele Länder, die auch im Wettbewerb zu den USA stehen, sehen die Sanktionen, die jetzt aufgeföhren werden, und schlie-

ßen sich auch jetzt schon zu klandestinen Konsortien zusammen, um Ersatzteile oder gar Ersatzprodukte zu schaffen; einfach, um strategisch unabhängig zu werden.

Sie sprechen von den sogenannten Parallelimporten, die über Länder laufen, die sowohl zum Westen als auch nach Russland hin offen sind, also zum Beispiel die Türkei oder China?

Genau, die Vereinigten Arabischen Emirate wären auch noch zu nennen, und dann muss man bedenken, dass sich der globale Süden den Sanktionen ebenfalls nicht angeschlossen hat. Und so gibt es über Ägypten und andere Länder weitere Handelsrouten. Dass es diese Wege gibt, hat man im Westen vielleicht nicht sehen wollen. Da war wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens als die Realität.

Wie ist es im Konsumgüterbereich? Große Markenartikel wie Zara, Swatch, Miele und viele andere haben sich aus Russland zurückgezogen. Warum bildet sich das nicht stärker als negativer Effekt im Bruttosozialprodukt ab?

Weil der russische Binnenmarkt wohl ein stärkerer Binnenmarkt ist, als man gedacht hat. Vom Angebot her funktionieren die Parallelimporte bei Konsumgütern ja genauso wie bei Industriegütern. Wenn sie wollen, bekommen sie in Moskau nach wie vor alles, ob das nun Luxusgüter sind wie Bekleidung und Parfüms von Chanel oder Genussmittel wie Haribo-Gummibärchen. Das sind alles Marken, die sich offiziell aus Russland zurückgezogen haben. Dann darf man nicht übersehen, dass inländische Produkte auf dem russischen Binnenmarkt inzwischen stark vertreten sind, ebenso wie Artikel aus der Einflusszone Russlands, das heißt aus den früheren GUS-Staaten wie etwa Kasachstan.

Auch staatliche Investitionen halten eine Wirtschaft am Laufen: Wladimir Putin (rechts) besucht im Juli die Erdgasfirma Novatek. FOTO: DPA/ZUMAPRESS

Und woher haben die Leute das Geld für all diese Güter?

Der Staat hat im Augenblick genug Geld, um Anreize setzen zu können. So werden zum Beispiel die Soldaten, die jetzt für den Ukraine-Krieg angeworben werden, für russische Verhältnisse sehr gut bezahlt. Im Haushaltsplan für 2024 werden die Verteidigungsausgaben mit umgerechnet 110,8 Milliarden Euro angesetzt, das ist mehr als ein Drittel des gesamten Haushalts und erstmals mehr als die Sozialausgaben von umgerechnet 76,4 Milliarden Euro. Das heißt, in der Rüstungsindustrie wird gutes Geld verdient. Trotzdem hält sich das Haushaltsdefizit in Grenzen. Für 2023 wird es mit circa 2 Prozent des BIP prognostiziert, also niedriger zum Beispiel als die knapp 3 Prozent, die für Deutschland erwartet werden. Außerdem steht auf der Cash-Seite des Nationalen Vermögensfonds immer noch eine recht große Summe, obwohl Gelder im Ausland eingeföhren wurden.

Aber ist das nachhaltig? Der Staat kann die Wirtschaft doch nicht ewig mit Geld schmieren.

Es ist richtig, dass es vor allem der Staat ist, der investiert. Es sind also keine Investments, die eine Aussage über die Attraktivität der russischen Wirtschaft und ergo damit über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit treffen. Aber das führt immerhin dazu, dass faktisch eine Nullarbeitslosigkeit herrscht, dass die Löhne oberhalb der Inflationsrate, zumindest in diesem Jahr, steigen, während die Inflation einigermaßen im Griff ist. Außerdem ist die Kaufkraft nicht zwingend niedriger als in Deutschland. Es wird ja immer das niedrige Bruttoinlandsprodukt Russlands moniert, das nominal kaum höher ist als das der drei Beneluxstaaten. Aber die Frage ist ja, was aussagekräftiger für eine volkswirtschaftliche Analyse ist: Das BIP in nominalen Zahlen oder gemessen an der Kaufkraft einer Gesellschaft. Und bei der Kaufkraft steht Russland nicht so schlecht da. Wir befinden uns also auf jeden Fall in einer Zeit, in der man nicht denken muss, dass Russland in den nächsten drei Wochen in die Knie geht. 15 Jahre wird das so sicher nicht funktionieren, aber fünf oder sechs Jahre schon.

Was ist mit der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von China?

In dem Verhältnis ist sicher nicht alles Gold, was glänzt. Schon auf der Waldai-Konferenz 2015 (*eine Art russisches Anti-Davos, das seit 2004 jährlich stattfindet, Anm. der Red.*) haben sich ein Mitarbeiter des russischen Außenministeriums und ein Mitarbeiter des chinesischen Außenministeriums auf offener Bühne gefetzt. Gleichzeitig gilt: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Und wenn man wenig andere Möglichkeiten hat, versucht man, es opportunistisch umzudrehen. Das heißt konkret: Zunächst einmal Sanktionseffekte minimieren und erst später darauf schauen, wie tief die Freundschaft sein kann. In einer solchen aus der Not heraus entstandenen Situation kann man Verständnis füreinander entwickeln. Ob Russland das mit der chinesischen Kultur auf Dauer aber so gut kann, wie es mit der westlichen möglich war? Ich persönlich bezweifle das. Aber wer weiß schon, ob die Aussicht darauf, in 15 Jahren eine multipolare Welt zu bauen, die in der Mehrheit der Länder anerkannt ist, das opportune Miteinander befördert?

Jetzt hat Russland auch noch ein Problem mit dem „Brain Drain“. Seit Februar 2022 haben knapp eine Million Menschen das Land verlassen, und von diesen waren viele gut ausgebildet. Stellt das auf Dauer ein Problem dar?

Das glaube ich schon. Ein Brain-Drain ist für ein Land nie sonderlich positiv. Gleichzeitig gibt es zwei Betrachtungshorizonte. Da sagt man, wer nicht für uns ist, da ist es besser, dass er oder sie geht. Der oder die kann ja immer wiederkommen, wenn er oder sie will, und man sagt: „Wir schieben das Konfliktpotenzial, das wir mit einer illoyalen Bevölkerungsgruppe haben, erst mal auf.“ Andererseits besteht die russische Führung aus Technokraten. Die sagen: „So ist es jetzt halt. Aber es ist nicht für die Ewigkeit.“